



Die Zivilmacht Deutschland und die Enttabuisierung des Militärischen

EDITORIAL

„Nie wieder Krieg!“ wurde vielerorts in der Wiederbewaffnungsdebatte der 1950er Jahre skandiert. Auch später blieb die Parole noch lange populär – und dies nicht nur auf Ostermärschen. Erst seit einiger Zeit ist sie seltener zu hören. Zugleich deuten 43 Auslandseinsätze der Bundeswehr seit der Wiedervereinigung Deutschlands darauf hin, dass das Tabu von deutschen Soldaten im Ausland in der Bevölkerungsmehrheit gebrochen scheint.

Überwunden wurde mit dieser Entwicklung nicht nur die spezielle, historisch bedingte Abneigung der Deutschen gegen den Krieg, sondern auch die als allgemein in Demokratien angenommene Zurückhaltung gegenüber militärischen Mitteln. Doch wie konnte die Zivilmacht Deutschland sich in so kurzer Zeit von ihren einstigen Prinzipien verabschieden, ohne dass ein Großteil ihrer Bürgerinnen und Bürger sich darüber empörte?

Anna Geis beleuchtet den Wandel des Kriegsbildes und des deutschen Rollenbildes sowie den Aspekt der Bündnisolidarität. Anhand der im Jahr 2003 verabschiedeten Verteidigungspolitischen Richtlinien diskutiert sie zudem die Veränderungen im Verteidigungs- und Sicherheitsbegriff. Dabei stellt die Autorin fest, dass sich die Rechtfertigungsmuster für Auslandseinsätze seit 1990 gewandelt haben. Dadurch ist eine Kluft zwischen dem erklärten friedenspolitischen Anspruch und der außenpolitischen Wirklichkeit entstanden. Denn warum sollte eine „Großmacht“ nicht zugleich eine „Friedensmacht“ sein? *Marlar Kin*



1946 konnte man auf eine Reihe Stimmen zählen, wenn man mit der Botschaft „Nie wieder Krieg“ in den Wahlkampf ging. Auch in den folgenden Jahrzehnten traf dieser Ruf bei den Deutschen einen Nerv. *Bild: picture alliance*

Anna Geis

Am 3. Dezember 2004 gab es im Deutschen Bundestag zwei Entscheidungen im Hinblick auf deutsche Militäreinsätze: Zum einen beschloss der Bundestag, nach Monaten der weltweiten Diskussion über die Krise in Darfur, 200 Angehörige der Luftwaffe in den Sudan zu senden; zum anderen wurde zehn Jahre nach dem „out of area“-Urteil des Bundesverfassungsgerichts auch das Parlamentsbeteiligungsgesetz („Entsendegesetz“) verabschiedet.¹ Die Bundesverfassungsrichter hatten seinerzeit die Regierung verpflichtet, für einen Einsatz bewaffneter Streitkräfte grundsätzlich die vorherige konstitutive Zustimmung des Bundestags

einzuholen (Parlamentsvorbehalt). Dem wurde nun mit der Vorlage des Gesetzes entsprochen, das nach Darstellung der Abgeordneten von SPD und Grünen die in der Vergangenheit gepflegte Praxis lediglich festschreibe. Das Gesetz wurde mit den Stimmen der rot-grünen Koalition verabschiedet. In der Debatte würdigten die Abgeordneten den konstitutiven Parlamentsvorbehalt als wichtigen Bestandteil der politischen Kultur in Deutschland.

Was den Sudan-Einsatz betrifft, so war dies das 43. Mal, dass der Bundestag seit der Vereinigung seine Zustimmung zu einem Auslandseinsatz deutscher Streitkräfte gegeben hat. Die Abgeordneten aller Parteien, mit Ausnahme der PDS, unterstrichen bei der Erörterung des Entsendegesetzes

einmütig die immer noch geltende deutsche „Kultur der Zurückhaltung“ im Umgang mit Militäreinsätzen. Die Abgeordneten betonten, dass mit dem Gesetz der Charakter der Bundeswehr als „Parlamentsheer“ eindrucksvoll dokumentiert werde. Deutschland sei eines der wenigen Länder, in denen mit gutem Grund nicht nur die Regierung, sondern auch das Parlament für Einsätze des Militärs mitverantwortlich



Die Bundeswehr hat sich in Südostasien nach der Tsunami-Katastrophe engagiert – und die Bilder dieses Einsatzes sind über die Medien in jedem deutschen Wohnzimmer angekommen. Mit ihren humanitären Einsätzen zeigt die Bundeswehr ihr freundlichstes Gesicht.

Bildquelle: Oberstleutnant Walter-Hubert Schmidt; Download von www.bundeswehr.de

sei. Dies habe in den letzten Jahren stets zu breiten Debatten um das Für und Wider von Einsätzen geführt und die Regierungen zu Präzisierungen und Rechtfertigungen genötigt. Solche Debatten gäbe es nur in wenigen Ländern und seien eine positive Tradition Deutschlands, die fortgesetzt werden solle. Es wurde betont, dass trotz der Vielzahl der Einsätze diese niemals Routine werden dürften, es gelte das Ultima-Ratio-Prinzip.

Liest man die Bundestagsdebatte zum Entsendegesetz, könnte man also fast beruhigt sein. Nahezu 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges geht Deutschland nach Ansicht fast aller seiner Parlamentarier immer noch sehr zurückhaltend mit seinem Militär um, das Parlament hat als Wächter dieser Zivilität die Lage bestens im Griff. Allerdings ist die Lagebeschreibung der Parlamentarier doch sehr erstaunlich, wenn man sich zahlreiche kontrastierende Aussagen der Exekutive und die schiere Anzahl von 43 Auslandseinsätzen vor Augen führt. Schließlich hat Bundeskanzler Schröder in einer entlarvenden Begrifflichkeit selbst einmal von der „Enttabuisierung des Militärischen“ gesprochen, und diese wohlgerne als einen der großen Erfolge seiner Regierungszeit erachtet. Dabei geht es ihm zufolge aber nicht darum, „dem Militärischen einen unverdienten Raum“ zu geben.² Diese Formulierung wirft beim kritischen Publikum sofort die Frage auf, welchen „verdienten“ Raum das Militär in der Politik

(und der Gesellschaft) von Demokratien einnehmen soll – zumal in der deutschen Demokratie, die eindeutige Lehren aus ihrer militaristischen Vergangenheit gezogen zu haben schien?

Der Bundeskanzler sprach hier im Grunde offen aus, dass sich Deutschland inzwischen von seiner früheren Außenpolitik als militärisch zurückhaltende „Zivilmacht“ verabschiedet hat. In dieser idealisierenden Selbstbeschreibung wurden die Kernbestandteile des außenpolitischen Selbstverständnisses der früheren Bundesrepublik in ein Schlagwort gefasst: Westintegration, Souveränitätsverzicht, Multilateralismus (Stärkung internationaler Institutionen), Förderung der Menschenrechte und der globalen Gerechtigkeit sowie – im Rahmen der hier behandelten Thematik entscheidend – Skepsis gegenüber militärischen Mitteln zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele.³

Beobachter deutscher Außenpolitik verzeichnen nun seit längerem eine „Normalisierung“ der Außenpolitik des wiedervereinigten Landes. Der „Normalisierungs“-Begriff wird in teils kritischer, teils bejahender Absicht verwendet, um eine Veränderung im Selbstverständnis und in der Praxis deutscher Außenpolitik anzuzeigen. Das in die volle Souveränität entlassene wiedervereinigte Deutschland sehe sich selbst und gelte auch bei anderen Staaten aufgrund seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, seiner Be-

völkerungszahl, seiner geographischen Lage und seiner politischen Bedeutung innerhalb Europas als „Großmacht“. Diejenigen, die eine solche veränderte internationale Bedeutung Deutschlands positiv sehen oder gar einfordern, sind der Auffassung, dass Deutschland sich auch nicht mehr die militärische Zurückhaltung leisten kann, die es früher jahrzehntelang gepflegt hatte.⁴

Geht man von der Theorie des „Demokratischen Friedens“ aus, ist eine solche Entwicklung Deutschlands hin zu immer mehr Militäreinsätzen erklärungsbedürftig. Diese Theorie nimmt an, dass es in Demokratien kulturelle, rationale und institutionelle Gründe gibt, die zu einer relativen Kriegsabweisung von Demokratien führen. Gerade im Falle der Bundesrepublik Deutschland sind solche Faktoren, die für eine größere Friedlichkeit von Demokratien sorgen müssten, stark ausgeprägt: Die eigene NS-Vergangenheit und die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges haben die moralische Abscheu gegen Krieg und seine Opfer im kollektiven Bewusstsein und in den individuellen Einstellungen der Bürger tief verankert. Den Nachkriegsdeutschen wurde häufig eine pazifistische Gesinnung attestiert, auch in der Elite herrsche ein „anti-militaristischer Konsens“. Auch rationale Gründe sprechen für ein Desinteresse an häufigen Kriegsbeteiligungen, zu denen eine gut gerüstete Armee nötig ist: Die lange Zeit als vorbildlich gerühmte Sozial-

staatlichkeit hat große Mengen des Bundeshaushalts in zivilen Bereichen konzentriert. Die seit 1990 hinzu getretenen enormen finanziellen Lasten durch die Wiedervereinigung und die anhaltende Arbeitslosigkeit nötigen zu weiteren immensen Ausgaben. In einer Situation, in der keine unmittelbaren äußeren militärischen Bedrohungen mehr erkennbar und ohnehin drückende Schuldenlasten zu tragen sind, ist eine Akzeptanz hoher Militärausgaben von den rational kalkulierenden Bürger kaum zu erwarten. Schließlich besitzt die Bundesrepublik auch institutionell durch die Beschränkungen des Grundgesetzes und das komplizierte, zur Politikblockade neigende konsensdemokratische Zusammenspiel verschiedenster Instanzen eher kriegshemmende als -ermöglichende Elemente.

Zehn Jahre Bundeswehr „out of area“: out of sight, out of mind?

Erklärungsbedürftig ist vor diesem Hintergrund, warum in so relativ kurzer Zeit die deutsche Gesellschaft die Entwicklung zu immer mehr Militäreinsätzen der Bundeswehr (hin)genommen hat. Bemerkenswert an dieser Häutung der „Zivilmacht“ ist nicht zuletzt, dass es ausgerechnet die rot-grünen Regierungen waren und sind, die am stärksten zu dieser Entwicklung beigetragen haben: zwei Parteien, die in der jüngeren Vergangenheit allem Militärischen doch mehr (Grünen) oder weniger (SPD) distanziert bis zum Teil ablehnend gegenüber standen. Heute ist Deutschland der zweitgrößte Truppensteller bei UN-mandatierten Einsätzen weltweit. Diese Tatsache scheint die deutsche Bevölkerung, die 1990/91 noch in Massen gegen den immerhin völkerrechtlich gedeckten Golfkrieg auf die Straße ging, aber nicht mehr sonderlich zu interessieren.

Seit 1998 waren mehr als 100.000 Bundeswehrsoldaten im internationalen Einsatz. Die Bundeswehr befindet sich in einem Prozess der Umstrukturierung: aus einer Armee zur Landesverteidigung wird eine „Armee im Einsatz“ (Verteidigungsminister Struck). Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (März 2005) sind insgesamt rund 7.150 deutsche Soldatinnen und Soldaten an Auslandseinsätzen beteiligt: im Kosovo

(KFOR), in Bosnien-Herzegowina (EUFOR), in Georgien (UNOMIG), in Afghanistan und Usbekistan (ISAF), am Horn von Afrika (Enduring Freedom), im Mittelmeer (Active Endeavour), in Äthiopien und Eritrea (UNMEE) sowie in Südostasien (humanitäre Hilfe). Neben weltweiten Einsätzen zur humanitären Hilfe bei Naturkatastrophen, wie derzeit wieder nach der Flutwellenkatastrophe in Südostasien, zählen zu den abgeschlossenen Einsätzen der Bundeswehr Missionen u.a. in Kambodscha, Somalia, Ost-Timor, Kongo/Uganda und auf dem Balkan. Für die Öffentlichkeit wohl am nachhaltigsten in Erinnerung sind die Beteiligungen an den Kriegen gegen Serbien-Montenegro und gegen das Taliban-Regime in Afghanistan. Dieser Einsatz wurde im Rahmen des sog. Kampfes gegen den Terrorismus geführt und sollte nach den Anschlägen des 11.09.2001 die Solidarität Deutschlands mit dem Bündnispartner USA zum Ausdruck bringen.

Blickt man auf diese Bilanz an Militäreinsätzen zurück, muss man feststellen, dass das „out of area“-Urteil 1994 offenbar ‚befreiend‘ auf die deutschen Regierungen wirkte. Das Urteil räumte verfassungsrechtliche Bedenken gegen Militäreinsätze außerhalb des NATO-Gebietes aus dem Weg und erlaubte Einsätze im Rahmen von kollektiven Sicherheitssystemen. Da dazu nach dem Richterurteil UNO, NATO und WEU zählten, konnten deutsche Soldaten nunmehr weltweit eingesetzt werden. Im Stile einer „Salamitaktik“ wurde die Öffentlichkeit an eine Ausdehnung der Aufgaben der Bundeswehr gewöhnt.⁵

Vor diesem Hintergrund werteten einige die klare Ablehnung der rot-grünen Regierung an einer Beteiligung am Irak-Krieg 2003 als selten gewordenes Indiz einer militärisch doch noch, und zu Recht, befangenen Macht. Bundeskanzler Schröder bekannte sich zur internationalen Verantwortung der Deutschen, wollte sich aber nicht an einem „Abenteuer“ beteiligen. Insofern dieser Krieg nicht vom UN-Sicherheitsrat gebilligt wurde, war diese Position für viele nachvollziehbar. Deutsche Regierungen hatten schließlich oft genug die Bedeutung klarer rechtlicher Grundlagen für ihre Militäreinsätze betont (im Kosovo-Krieg gleichwohl auf eine UN-Mandatierung verzichtet). Da die Regierung eine Beteiligung am Irak-Krieg aber schließlich auch für den Fall ab-

Aktuelle Einsätze der Bundeswehr

ISAF: Afghanistan, Usbekistan
circa 2.085 Soldaten (davon 94 Frauen)

KFOR: Kosovo
circa 2.600 Soldaten (davon 83 Frauen),
zusätzlich Übung von circa 600 Soldaten

EUFOR: Bosnien und Herzegowina
circa 1.080 Soldaten (davon 46 Frauen)

Enduring Freedom: Horn von Afrika
circa 310 Soldaten (davon 17 Frauen)

UNMEE: Äthiopien/Eritrea
2 Soldaten

Humanitäre Hilfe in Südostasien:
circa 380 Soldaten (davon 16 Frauen)

UNOMIG: Georgien
11 Soldaten

Active Endeavour: Mittelmeer
(wechselnde Anzahl von Personen im
Rahmen eines Rotationsverfahrens)

Mit den in Deutschland zur Evakuierung aus medizinischen Gründen bereit gehaltenen 67 Soldaten sind insgesamt rund 7.150 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr unmittelbar in Auslandseinsätze involviert.

Stand: 8. März 2005

Quelle: <http://www.bundeswehr.de/C1256EF4002AED30/CurrentBaseLink/W264VFT2439INFODE>

lehnten, dass dieser doch auf der Grundlage eines klaren UN-Mandats geführt würde, beurteilten einige dieses Verhalten weniger freundlich als diplomatische Katastrophe und dreistes Großmachtsgebaren.

Ungeachtet der geschilderten Entwicklung steht im Artikel 87a des Grundgesetzes nach wie vor, dass Deutschland Truppen lediglich zur Verteidigung aufstellt.⁶ Gemeint war damit die herkömmliche Landesverteidigung gegen konventionelle Streitkräfte. Als „Frontstaat“ des Kalten Krieges in Europa rüstete man sich für einen potenziellen Angriff aus den Ostblockstaaten. Dass es eine Gefährdung durch solche konventionellen Streitkräfte „derzeit und auf absehbare Zeit“ nicht gibt, stellen auch die Verteidigungspolitischen Richtlinien vom 21. Mai 2003 fest (§ 9).⁷ In diesem Schlüsseldokument zum neuen sicherheitspolitischen Verständnis Deutschlands wird der Begriff der „Verteidigung“ bis zur Unkenntlichkeit gedehnt. Eine Änderung des Grundgesetz-Artikels 87a ist von der Bundesregierung nämlich nicht beabsichtigt. Mit den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien soll offenbar nachholend dem Faktum der „neuen Einsatzrealität“ der Bundeswehr größere Legitimität verliehen werden. Das Aufgabenspektrum der Bundeswehr hat sich grundlegend verändert, enorm ausgeweitet

und schließt nun internationale Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Krisennachsorge ein. Da dies alles der Verteidigung diene, lasse sich Verteidigung geographisch nicht mehr eingrenzen, sondern trage zur Wahrung unserer Sicherheit bei, „wo immer diese gefährdet ist“ (§ 5) – der Hindukusch gehört nach Verteidigungsminister Strucks viel zitierten Worten bekanntlich dazu. Aufgrund des „umfassenden Ansatzes zeitgemäßer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und ihrer Erfordernisse“ ließen sich künftige Einsätze zudem auch nicht in ihrer Intensität eingrenzen (§ 57).

Wie ist diese Entwicklung hin zu einer „Enttabuisierung des Militärischen“ in Deutschland also zu erklären? Im Folgenden wird argumentiert, dass die inzwischen beachtliche Anzahl deutscher Militäreinsätze zum einen auf widersprüchliche Anforderungen der außenpolitischen Rollenkonzeption Deutschlands zurückzuführen ist. Zum anderen trägt auch ein erweiterter Sicherheitsbegriff und ein Wandel des Kriegsbildes zur Ausdehnung der Einsätze bei. So konnte die deutsche Bevölkerung an die vermehrten Militäreinsätze gewöhnt werden, stärkerer öffentlicher Protest ist nicht mehr zu verzeichnen. Von „Normalisierung“ sollte man dennoch nicht sprechen, weil mit diesem Begriff ein bestimm-

tes (militärisches) Großmachtsverhalten als „Norm“ legitimiert wird, das durchaus auch anders sein könnte. Schließlich können prinzipiell auch Großmächte weltweit Vorreiter ziviler Politik sein.

Widersprüche im Rollenbild (I): Deutsche „Nie wieder“-Prinzipien

Zwei Lehren aus der deutschen NS-Vergangenheit für die Gestaltung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik schienen sehr lange Zeit unkontrovers: „Nie wieder Auschwitz“ und „Nie wieder Krieg“. In diesen Formeln sind zwei unumstrittene Kernprinzipien des 40 Jahre lang geltenden „anti-militaristischen Konsenses“ der ‚alten‘ Bundesrepublik verdichtet. Sie prägten erheblich das Selbstverständnis und Verhalten als „Zivilmacht“ und traten in dieser Zeit nie in Widerspruch zueinander. Nun führte im Laufe der 1990er Jahre aber insbesondere die Beobachtung massiver Menschenrechtsverletzungen im ‚zivilisiert‘ geglaubten Europa dazu, dass der Gebrauch der deutschen Geschichte als Argument andere Ergebnisse als früher zeitigte. Es ergaben sich plötzlich widersprüchliche Handlungsanforderungen, die nach einer Seite hin aufgelöst werden mussten.

Angesichts neuer Krisen, die nicht dem Muster des Kalten Krieges entsprachen, war das vereinte Deutschland auf der Suche nach einem angemessenen Umgang sowohl mit seiner Vergangenheit als auch seiner neuen außenpolitischen Rolle als souveräner Staat. Da Fragen der Souveränität den Umgang mit dem eigenen Militär beinhalten, musste die deutsche Gesellschaft sich nun auch diesem heiklen Aspekt früher oder später zuwenden. Im Kalten Krieg war der Zweck der Bundeswehr die Abschreckung: Sie sollte kämpfen lernen, um niemals kämpfen zu müssen.

Die Widersprüche in Deutschlands Rollenbild traten bereits in Ansätzen in der Debatte über eine deutsche Beteiligung am Golfkrieg 1991 zutage. Die verfassungsrechtliche Lage war zu dem Zeitpunkt noch nicht geklärt. Die Ablehnung des völkerrechtlich gedeckten Golfkriegs war in der deutschen Bevölkerung immens. Die Kohl-Regierung, intensiv mit dem Vollzug der inneren Vereinigung beschäftigt, zog es vor, auf die

Aus den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ vom 21. Mai 2003:

§ 5

„Nach Artikel 87a des Grundgesetzes stellt der Bund Streitkräfte zur Verteidigung auf. Verteidigung heute umfasst allerdings mehr als die herkömmliche Verteidigung an den Landesgrenzen gegen einen konventionellen Angriff. Sie schließt die Verhütung von Konflikten und Krisen, die gemeinsame Bewältigung von Krisen und die Krisennachsorge ein. Dementsprechend lässt sich Verteidigung geografisch nicht mehr eingrenzen, sondern trägt zur Wahrung unserer Sicherheit bei, wo immer diese gefährdet ist. Die Vereinbarkeit internationaler Einsätze der Bundeswehr, die im Rahmen von Systemen kollektiver Sicherheit durchgeführt werden, mit der Verfassung wurde durch das Bundesverfassungsgericht und den Deutschen Bundestag bestätigt.“

§ 57

„Künftige Einsätze lassen sich wegen des umfassenden Ansatzes zeitgemäßer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und ihrer Erfordernisse weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch eingrenzen. Der politische Zweck bestimmt Ziel, Ort, Dauer und Art eines Einsatzes. Die Notwendigkeit für die Teilnahme der Bundeswehr an multinationalen Operationen kann sich weltweit und mit geringem zeitlichen Vorlauf ergeben und das gesamte Einsatzspektrum bis hin zu Operationen mit hoher Intensität umfassen.“

Anfragen der Partnerstaaten mit der beachtlichen finanziellen Unterstützung von rund 17 Milliarden D-Mark statt mit dem Entsenden von Soldaten zu reagieren. Dieses als „Scheckbuch-Diplomatie“ bekannte Verhalten bekam angesichts der wiedererlangten Souveränität des großen Staates den Beigeschmack des „Freikaufens“. Viele andere Staaten waren schließlich auch bereit, ihre Soldaten zu opfern, obwohl es hier nicht um die Selbstverteidigung ihrer Länder ging, sondern um die Wiederherstellung der Souveränität Kuwaits.

Tornadoeinsatz-Debatte über das Massaker in Srebrenica, über die Beteiligung an der IFOR-Truppe bis hin, und hierin gipfelnd, zu der Beteiligung am Kosovo-Krieg der NATO.⁸ Das zentrale Thema waren die Lehren aus der deutschen NS-Vergangenheit. Die wohlbewährte militärische Enthaltensamkeit schien aus den üblichen Handlungsoptionen der „neuen“ Bundesrepublik allmählich auszuscheiden. Begrenzte das Prinzip „Nie wieder Krieg“ das Handeln, so forderte „Nie wieder Auschwitz“ gerade zum Handeln auf. In den Worten von Kar-



Vor Ablauf des UN-Ultimatums an den Irak im Januar 1991 demonstrierten in Deutschland Hunderttausende gegen den drohenden Golfkrieg. Proteste gegen den allein von der NATO – ohne UN-Legitimation – geführten Kosovo-Einsatz fielen nicht annähernd so groß aus. Bild: picture alliance

Als aber schließlich bekannt wurde, dass Israel von Raketen des Iraks bedroht würde, kam zum ersten Mal in Deutschland vornehmlich auf Seiten linker Intellektueller die heikle Frage auf, ob man wirklich abseits stehen dürfe, wenn ein Aggressor nun sogar Israel angreife – einen Staat, dem sich die Bundesrepublik besonders verpflichtet fühlt. Habe gerade Deutschland hier nicht die moralische Pflicht, helfend einzugreifen? Der Pazifismus der 1990/1991 deutlich vernehmbaren Friedensbewegung geriet unter Rechtfertigungsdruck. Insgesamt blieb diese Art von moralischer Argumentation für eine Intervention während des Golfkriegs aber noch eher eine Randerscheinung.

In ganzer Deutlichkeit kamen die moralischen Dilemmata dann in den Debatten über die Entsendung deutscher Soldaten nach Jugoslawien zum Ausdruck: von der

sten Voigt (SPD) in der Bundestagsdebatte vom 13.12.1996 über die Entsendung deutscher Soldaten: „Zwei Lehren ..., nicht nur eine, sind aus der deutschen Geschichte zu ziehen ... Die eine Lehre lautet, dass nie wieder andere Völker unter der Gewalt des deutschen Militärs leiden dürfen. Die andere Lehre lautet: Insbesondere wir Deutschen dürfen nie wieder wegschauen, wenn anderen Völkern Gewalt angedroht wird.“⁹

Allmählich rückte sogar die Linke von der vormals oft – auch von Konservativen – geäußerten Position ab, dass deutsche Bundeswehrsoldaten keinesfalls dorthin entsendet werden dürften, wo früher Wehrmachtssoldaten als Aggressoren und Besatzer aufgetreten seien. Einen vorläufigen Höhepunkt in der Entwicklung des neuen Handlungsimperativs „Nicht wegschauen“ markierte die Entscheidung zur

Personalstärke der Bundeswehr

259.378 Männer und Frauen in Uniform umfasst die Bundeswehr insgesamt. Sie verteilen sich wie folgt auf die Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche:

Heer

In den Landstreitkräften der Bundeswehr dienen derzeit 116.519 Soldatinnen und Soldaten.

Luftwaffe

Zu dieser Teilstreitkraft der Bundeswehr gehören 48.256 Männer und Frauen in Uniform.

Marine

Die Seestreitkräfte Deutschlands umfassen 19.430 Soldatinnen und Soldaten.

Streitkräftebasis

47.732 Soldatinnen und Soldaten unterstützen in der Streitkräftebasis als Dienstleister alle anderen Bereiche der Bundeswehr.

Zentraler Sanitätsdienst

Um die Gesundheit der Soldaten kümmern sich rund 17.624 Männer und Frauen in Uniform.

Sonstiges

9.828 Soldaten und Soldatinnen arbeiten in anderen Bereichen der Bundeswehr – beispielweise während ihrer Vorbereitung auf einen zivilen Beruf gegen Ende ihrer Dienstzeit.

Status

Die Bundeswehr umfasst 189.421 Berufs- und Zeitsoldaten, 45.991 Wehrpflichtige und rund 23.966 freiwillig länger Wehrdienstleistende.

Frauen

Insgesamt dienen circa 12.000 Soldatinnen in den Streitkräften.

Stand: Januar 2005

Quelle: <http://www.bundeswehr.de/C1256EF4002AED30/CurrentBaseLink/264HU9R434MMISDE>

Beteiligung am Kosovo-Krieg 1999. Vierundfünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs befand sich Deutschland wieder im Krieg mit Jugoslawien, der zudem ohne UN-Mandat geführt wurde – und dies auf der Basis eines erstaunlich breiten Konsenses innerhalb der deutschen Gesellschaft und Politik. Während sich die deutsche Öffentlichkeit im Vorfeld des Golfkrieges 1991 noch in einem Zustand großer Erregung befand und leidenschaftlich gegen einen völkerrechtlich legitimierten Krieg stritt, den ja wohlgerne andere Länder führten, wurde der Kosovo-Krieg fast schon „hingenommen“. Die NATO-Staaten entschlossen sich zu der Intervention, weil sie eine vollkommene Destabilisierung des Balkans durch Krieg und Vertreibung befürchteten. Ihre anschließende „Selbstmandatierung“ zum Führen des Luftkriegs gegen Serbien-Montenegro wurde in starkem Maße mit dem Argument des Menschenrechtsschutzes gerechtfertigt. Das Abwenden einer „humanitären Katastrophe“ war vielen auch im Falle eines Ausbleibens eines UN-Mandats Rechtfertigung genug.

Man darf vermuten, dass die relativ breite Billigung dieses Krieges in Deutschland zu einem Gutteil auch damit zusammenhängt, dass es ausgerechnet eine rot-grüne Regierung war, damals ganz neu im Amt, die Bundeswehrsoldaten in den Krieg schickte. Als ausgewiesene Antimilitaristen der Vergangenheit konnten sie in diesem Bereich von einer größeren Glaubwürdigkeit zehren. Sie standen nicht unter dem Verdacht, brutale Interessenpolitik einer Großmacht zu verfolgen. Die Zweifel an der Richtigkeit des Kosovo-Krieges regten sich erst vermehrt, als die zahlreichen negativen Folgen des Krieges offenbar wurden.

Wie schon vorher im Falle Bosniens wurde auch hinsichtlich des Kosovos eine Analogie gezogen zwischen deutscher Vergangenheit und massiven Menschenrechtsverletzungen in Jugoslawien. Slobodan Milosevic (wie zum Teil auch Saddam Hussein im Golfkrieg 1991) wurde mit Hitler verglichen, dessen Aggressionspolitik und Völkermord nur durch Gegengewalt gestoppt werden konnte. Es wurde zudem die wichtige Unterscheidung vorgebracht, dass man nicht gegen das serbische Volk vorgehe, sondern nur Krieg führe gegen seinen verbrecherischen Diktator. In dieser Perspektive führten nicht Staaten gegeneinander Krieg,

sondern eine internationale Staatengemeinschaft gegen einen Diktator, der zudem als „Wiedergänger Hitlers“ etikettiert wurde. Die Unterscheidung zwischen „gutem Volk“ und „bösem Führer“ traf einen wichtigen Nerv deutscher Vergangenheitsbewältigung, wollte man es doch oft und gerne so sehen, dass das deutsche Volk von einem bösen Dämon verführt worden wäre. Aber diese Unterscheidung spiegelt jenseits deutscher Besonderheiten auch eine Tradition demokratischer Diskurse wider, die das Volk aufwertet und es als Träger demokratischer Prozesse identifiziert.¹⁰

NS-Vergleiche und Hitler-Analogien, die auch international als Rechtfertigungsmuster für Kriegsbeteiligungen verwendet wurden, sind mit den Anschlägen des 11.09.2001 und dem Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan (vorerst) verschwunden. „Es war sozusagen der erste ‚Krieg ohne Hitler‘.“¹¹ Die USA brachten seit den Terroranschlägen bekanntlich die globalen Feindbilder des „internationalen Terrorismus“, der „Achse des Bösen“ und der „Schurkenstaaten“ ins Spiel, die freilich in Europa keinen besonderen Resonanzboden fanden. Mit dem vielleicht nur vorübergehenden Verschwinden der Hitler-Analogien in internationalen Problemsituationen ist eine gewisse Entlastung der Deutschen von der Vergangenheit verbunden: Das „Böse“ ist in neuen Gegenwartsformen, wie dem Terrornetzwerk der Al Qaida, aufstanden und nun eher in anderen Regionen der Welt beheimatet.

Unabhängig von den veränderten Rechtfertigungsmustern lässt sich rückblickend feststellen, dass die deutsche Teilnahme am Kosovo-Krieg so etwas wie den relativ breit akzeptierten Auftakt zu einer inzwischen fast schon routinisierten Teilnahme an zahlreichen internationalen Militärmissionen

Gemeinsam auf Streife: deutsche ISAF-Soldaten und afghanische Polizisten in Kabul. Der ISAF-Einsatz ist die derzeitige Vorzeigemission der Bundeswehr.

Quelle: Bundeswehr



darstellt. Soweit solche Einsätze im Zusammenhang mit humanitären Zwecken begründet werden können und ein klares UN-Mandat haben, sind sie nach wie vor Ausdruck einer wertgebundenen Außenpolitik, wie sie „Zivilmächten“ zu Eigen ist. Dass wertgebundene Außenpolitik seit Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung nicht mehr nur mit zivilen Mitteln geführt wird, sondern die Interventionstätigkeit Deutschlands erheblich gesteigert hat, ist allerdings nicht nur auf die besondere Identität dieses Landes zurückzuführen. Es kämpft nämlich auch „niemals allein“.¹²

Widersprüche im Rollenbild (II): Bündnissolidarität unter allen Umständen?

Die feste Einbindung Deutschlands in alle wichtigen westlichen internationalen Institutionen und Organisationen ist ein zentrales Element von Deutschlands Rollenkonzeption. Das Stärken internationaler Institutionen und Normen war und ist ein sehr wichtiges außenpolitisches Ziel deutscher Politik. Obwohl in jüngerer Zeit auch einzelne Gegentendenzen in der deutschen NATO- und EU-Politik zu beobachten sind, wie die strikte Ablehnung einer Teilnahme auch an



einem UN-mandatierten Irak-Krieg oder dem wiederholten Brechen des Stabilitätspakts, steht das prinzipielle multilaterale Engagement Deutschlands nicht in Zweifel.¹³ Mit der festen Einbindung in Zusammenschlüsse westlicher Staaten wie EU und NATO, die ein hohes Maß an Wertorientierung und Integration aufweisen, sind auch Normen der Solidarität, Loyalität und das Einhalten von Verträgen verbunden. Diese Grundsätze schätzte die Bundesrepublik im Kalten Krieg ganz besonders, da man aufgrund der eigenen aggressiven Politik der Vergangenheit und der Bedrohung durch die Sowjetunion eine besonders enge Verbindung mit westlichen Staaten suchte und fand. Die Bundesrepublik erwies sich in multilateralen Kontexten geradezu als Musterschüler.

Nach der Vereinigung und verstärkt durch die veränderte Sicherheitslage in der Welt sah sich deutsche Außenpolitik veränderten Erwartungen der Partner und Verbündeten gegenüber. Man sollte nicht mehr nur Konsument von Sicherheit sein in Europa und der Welt, sondern nun auch Produzent. Das souveräne Deutschland sollte nicht mehr andere die „Schmutzarbeit“ machen lassen, während die eigenen Soldaten in Sicherheit zu Hause blieben. Man sah sich in der Verpflichtung, eine über finanzielle Unterstützung hinausgehende Gegenleistung

für den so lange genossenen Beistand anderer zu erbringen. Deutschland habe gewissermaßen eine Bringschuld für die ihm gewährte Unterstützung: Die Phase deutscher Nachkriegspolitik, in der man lediglich „sekundäre Hilfsleistungen“ stellte, sei „unwiederbringlich“ vorbei.¹⁴

Das Argument, Deutschland müsse sich als verlässlicher und verantwortlicher Partner zeigen, gehört zum Standardrepertoire deutscher Politiker. Das praktische Beglaubigen von Bündnissolidarität vollzieht sich seitdem immer häufiger in der Teilnahme an Militäraktionen der Partnerstaaten in NATO und EU. Die Teilnahme am illegalen Kosovo-Krieg war zum Teil auch durch die Wahrnehmung der Regierung begründet, sich dem kollektiven Ansinnen einer robusten Drohpolitik (mit allen Konsequenzen) aller anderen NATO-Partner nicht verschließen zu können.

Ungeachtet des „selbstbewussten“ Verhaltens der Bundesregierung in der Irak-Krise 2002/2003 erscheint deutsche internationale Politik als eine Politik, die sich in hohem Maße an den Erwartungen anderer zu orientieren versucht. Aufgrund der starken Vernetzung des Landes haben es deutsche Politiker und Diplomaten hier allerdings mit sehr vielen Erwartungen zu tun, und diese sind alles andere als eindeutig oder widerspruchsfrei. Resultat sind Dilemmata und Widersprüche in der Außen- und Sicherheitspolitik des souveränen Deutschlands. Die einstige Zivilmacht-Rolle gibt keine klare Orientierung mehr. Es wird deutlich, dass sie einige „Fallen“ enthält. Diese wurden so lange nicht offenbar, wie die bipolare Weltordnung solchen Zivilmächten ein geeignetes Umfeld bot. Aber was ist heute für sie angemessenes Verhalten? Dürfen Menschenrechte auch militärisch verteidigt werden? Was, wenn ein Militäreinsatz kein UN-Mandat besitzt, aber die Partnerstaaten ihn durchführen wollen? Was, wenn NATO oder EU in sich zerstritten sind?

Deutschland ist gewillt, sich militärisch engstens mit Partnerstaaten zusammenzuschließen, wie nicht zuletzt auch in den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien unterstrichen wird. Die Bundeswehr wird entsprechend den Rüstungsstandards der anderen modernisiert, ihre Ausbildung verändert, um dem neuen gemeinsamen Aufgabenspektrum gerecht werden zu können.

Weiterführende Literatur

- Rainer Baumann/Gunther Hellmann, Germany and the Use of Military Force: 'Total War', the 'Culture of Restraint', and the Quest for Normality, in: German Politics, 10:1, 2001
- Lothar Brock, Weltbürger und Vigilanten. Lehren aus dem Kosovo-Krieg, Frankfurt a.M., HSFK-Standpunkte Nr. 2/1999
- Lothar Brock, Normative Integration und kollektive Handlungskompetenz auf internationaler Ebene, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 6:2, 1999, S. 483-497
- Lothar Brock, Frieden durch Recht, HSFK-Standpunkte Nr. 3/2004
- Erhard Eppler, Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt, Frankfurt a.M., 2002
- Sebastian Harnisch/Hanns W. Maull (Hg.), Germany as a Civilian Power. The Foreign Policy of the Berlin Republic, Manchester, 2001
- Gunther Hellmann, Rekonstruktion der „Hegemonie des Machtstaates Deutschland unter modernen Bedingungen“? Zwischenbilanzen nach zehn Jahren neuer deutscher Außenpolitik, Ms., 2000 (download: <http://www.soz.uni-frankfurt.de/hellmann/mat/hellmann-halle.pdf>)
- Gunther Hellmann, Von Gipfelstürmern und Gratwanderern. „Deutsche Wege“ in der Außenpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 11 (8.3.2004), S. 32-39
- Gunther Hellmann, Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik, in: Welttrends, 12, Heft 42, 2004, S. 79-88
- J.L. Holzgrefe/Robert Keohane (Hg.), Humanitarian Intervention. Ethical, Legal, and Political Dilemmas, Cambridge, 2003

Fortsetzung auf Seite 9

Die Integration in multinationale Truppen bringt allerdings auch die Verpflichtung mit sich, bei den Einsätzen, die von Partnerstaaten gewollt sind, nicht abseits zu stehen. Soweit multilaterales Handeln von Staaten geprägt wird, die historisch keine militärische Zurückhaltung kennen, muss auch damit gerechnet werden, dass sich Deutschlands Einsatzfähigkeit dadurch anpasst und in die aggressive Richtung „normalisiert“.

Allerdings sieht der derzeitige Bundeskanzler hier keinen Automatismus: So gebe es für jeden Einsatz eine hohe moralische und politische Begründungspflicht. Daher habe man sich in der Vergangenheit sowohl für als auch gegen einzelne Einsätze entschieden. Denn es gebe Fälle, in denen die bewusste Nichtbeteiligung auch Ausdruck verantwortungsvoller Politik sei.¹⁵ An anderer Stelle begründet der Kanzler diese Entscheidungsfreiheit aber auch mit dem Recht eines selbstbewussten Landes: Die Bundesregierung bestimme selbstbewusst und in eigener Verantwortung, was sie international zu leisten bereit sei. Wer seine internationalen Pflichten so erfülle wie Deutschland, der habe auch das Recht, nein zu sagen, wenn er einen internationalen Einsatz für nicht sinnvoll halte.¹⁶ Es wird also zu sehen sein, wie die Bundesregierungen in Zukunft zwischen „selbstbewussten“ Entscheidungen und Schulterchluss-Politik mit Partnern verfahren wollen. Falls es der Bundesregierung tatsächlich gelingen sollte, den von ihr im Verein mit Japan, Brasilien und Indien angestrebten ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu bekommen (realistischerweise ohne Veto-Recht), wäre sie in Zukunft wesentlich direkter an den dort verhandelten Lösungen für internationale Krisen beteiligt. Wie sich das Innehaben eines solchen Sitzes auf Deutschlands zukünftige Interventionstätigkeit auswirken würde, ist schwer auszumachen.

Erweiterte Begriffe von Sicherheit und Verteidigung

Die erhöhte Interventionsbereitschaft Deutschlands hängt auch mit einer Entwicklung zusammen, die als Erweiterung des Sicherheitsbegriffs in westlichen Demokratien bezeichnet wird. In der Zeit des Kalten Krieges bezog sich das Verständnis

von Sicherheit primär auf die militärische Sicherheit von Staaten, den Schutz vor militärischen Angriffen auf das eigene Land. Nicht nur das Wegfallen der Blockkonfrontation 1990, sondern auch die vielfältigen Globalisierungsprozesse haben die Wahrnehmung für sicherheitsrelevante Aspekte in der Welt verändert. Eine Reihe von Konfliktphänomenen, wie z.B. lang andauernde innerstaatliche Kriege oder Staatszerfall, sind dabei als solche gar nicht ‚neu‘ aufgetreten, sondern werden nunmehr nur anders *wahrgenommen*.

Der erweiterte Sicherheitsbegriff wird z.B. auch in dem strategischen Konzept der NATO von 1999 deutlich, die ihre Aufgaben inzwischen weit jenseits der Landesverteidigung ihrer Mitglieder sieht. Darin wird nicht so sehr das Militär, sondern die Instabilität anderer Länder als Quelle von Sicherheitsbedrohungen für die stabilen Länder gesehen. Die ökonomischen Probleme, die sozialen und ethnischen Konflikte in den ärmeren oder zerfallenden Staaten der Welt können mittel- und langfristig

auch immer potenziell zum Problem weit entfernter Staaten werden. Aufgrund von Globalisierungsprozessen sind von Krisen und Versagen der instabilen Staaten in Osteuropa, Lateinamerika, Asien und Afrika nicht mehr nur die direkten Nachbarn betroffen. Armut, Flüchtlingsströme, Umweltverschmutzung, Terroristen, kriminelle Banden sind grenzüberschreitende Phänomene. Die zunehmende Beobachtung solcher Krisen durch Nichtregierungsorganisationen und die Medien sorgen dafür, dass sich die Aufmerksamkeit des Westens früher oder später auf diese Ereignisse richtet – wenn dies auch nicht in jedem Fall unbedingt Folgen haben muss. Die Selektivität der Wahrnehmung und der Reaktionen ist oft genug beklagt worden. Dennoch ist es seit 1990 in einer ganzen Reihe von Fällen zu Krisenmanagement durch die entwickelten Staaten sowohl mit zivilen als auch militärischen Mitteln gekommen.

Die westlichen Demokratien sind aufgrund ihres Wohlstands und ihrer engen Vernetzung untereinander am ehesten



Mitgliedschaften, die verpflichten: Wenn NATO oder UNO rufen, muss Deutschland eine Haltung zwischen dem Anspruch der Partnerstaaten und dem Selbstbild Zivilmacht finden.

*Bild:
<http://www.nato.int/multi/photos/1999/m990128a.htm>*



Bundespräsident Horst Köhler besucht im Dezember 2004 die Marine am Horn von Afrika, die dort im Rahmen der Operation „Enduring Freedom“ eingesetzt ist, und bringt ein wenig Weihnachtsstimmung mit. Truppenbesuche deutscher Politiker sind mittlerweile ein vertrauter Anblick im Nachrichtenalltag. Bild: Bundeswehr

handlungsfähig, aber nicht unbedingt handlungswillig. Krisenintervention beinhaltet mitunter sehr hohe materielle Kosten und auch Risiken für das Leben der eigenen Helfer und Soldaten. Dennoch hat sich der gesamte normative Kontext der Weltpolitik in einer Weise verändert, dass die Neigung der Demokratien zu Interventionen gewachsen ist. Man wähnt sich auf dem Wege zu einer neuen Weltordnung, in der die westlichen Werte wie Menschenrechte, Demokratie und verantwortliche Regierungspolitik universelle Gültigkeit erlangen können.¹⁷ Ob man dem mit Gewalt nachhelfen darf oder gar soll, ist sehr umstritten. Nach einer verbreiteten Annahme sind Demokratien die friedlicheren Herrschaftstypen in der Welt, sodass es ein Ziel demokratischer Sicherheitspolitik ist, die weitere Verbreitung von Demokratie auf dem Globus zu fördern. Im Allgemeinen geschieht dies durch zivile Mittel, wie zum Beispiel Integration in demokratische Institutionen oder durch Entwicklungszusammenarbeit. Maßnahmen der gezielten Ausbreitung von Demokratie durch Demokratien sind ohnehin nicht frei von Selbstgerechtigkeit; werden sie sogar mit gewaltsamen Mitteln durchgesetzt, kommt unter Umständen eine Selbstermächtigung von Demokratien hinzu. Die lebhafte Debatte um die politischen, rechtlichen und moralischen Dilemmata der „humanitären

Intervention“ zeugt von solchen Schwierigkeiten.¹⁸

Wo man seine Sicherheit bedroht sieht, wird man sich verteidigen oder sich für die Verteidigung vorbereiten. Daher hängt mit der Erweiterung des Sicherheitsbegriffs spiegelbildlich auch die Überdehnung des Verteidigungsbegriffs zusammen. Dies ist ganz deutlich in den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesrepublik zu sehen. Das Aufgabenspektrum der Bundeswehr hat sich fundamental verändert, stark ausgeweitet und erstreckt sich jetzt auch auf internationale Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Krisennachsorge. Dies alles dient nach den Darstellungen der Regierung wohlgerne der *Verteidigung* Deutschlands und nicht nur seiner Interessenpolitik.

Auch der Kampf gegen den Terrorismus über den Afghanistan-Einsatz hinaus ist wichtiger Bestandteil der neuen Aufgaben der Bundeswehr. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien sprechen die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus und andere asymmetrische Bedrohungen folgerichtig auch explizit an (§ 79, 80). Diese nötigten dazu, den Schutz der Bevölkerung und des Territoriums Deutschlands zu verstärken. Neben den Begriff der „Sicherheit“ tritt hier somit zusätzlich der Begriff des „Schutzes“. Dieser verlange die „Synergie aller staatlichen Instrumente der Sicher-

Hanns W. Maull/Bernhard Stahl, Durch den Balkan nach Europa? Deutschland und Frankreich in den Jugoslawienkriegen, in: Politische Vierteljahresschrift, 43: 1, 2002, S. 82-111

Hanns W. Maull/Sebastian Harnisch/Constantin Grund (Hg.), Deutschland im Abseits? Rot-grüne Außenpolitik 1998-2003, Baden-Baden, 2003

Berthold Meyer, Gut gemeint oder gut – wie humanitär sind „humanitäre Interventionen“? Frankfurt a.M., HSFK-Standpunkte Nr. 8/2003

Berthold Meyer, Von der Entscheidungsmündigkeit zur Entscheidungsmüdigkeit? Nach zehn Jahren Parlamentsvorbehalt für Bundeswehreinätze naht ein Beteiligungsgesetz, Frankfurt a.M., HSFK-Report 4/2004

Harald Müller, Reformziel verfehlt, aber Exekutive gestärkt. Zu den neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“, Frankfurt a.M., HSFK-Standpunkte Nr. 4/2003

Nina Philippi, Bundeswehr-Auslandseinsätze als außen- und sicherheitspolitisches Problem des geeinten Deutschland, Frankfurt a.M., 1997

Volker Rittberger (Hg.), German Foreign Policy since Unification, Manchester, 2001

Michael Schwab-Trapp, Kriegsdiskurse. Die politische Kultur des Krieges im Wandel 1991-1999, Opladen, 2002

Marianne Takle, Towards a Normalisation of German Security and Defence Policy, Oslo, ARENA-Working Papers WP 02/10

Martin Wagener, Auf dem Weg zu einer „normalen“ Macht? Die Entsendung deutscher Streitkräfte in der Ära Schröder, Trierer Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, Nr. 8/2004

Wolfram Wette, Saddam Hussein als Wiedergänger Hitlers? NS-Vergleiche in der Kriegspropaganda von Demokratien, in: Christine Schweitzer/Björn Aust/Peter Schlotter (Hg.), Demokratien im Krieg, Baden-Baden, 2004, S. 109-126

heitsvorsorge“ (§ 86). Die Bundeswehr werde hierzu einen „bedeutenden Beitrag“ liefern (§ 80). Es drängt sich der Schluss auf, dass vermehrte Bundeswehreinsätze zur nationalen und internationalen Gefahrenabwehr in Zukunft häufiger werden könnten. Obwohl in Deutschland die Parole des US-Präsidenten Bush vom weltweiten „Krieg gegen den Terrorismus“ keinen Anklang findet, gehört die Bekämpfung des internationalen Terrorismus in abgeschwächter Form dennoch auch hierzulande zu den Legitimationsmustern potenzieller Militäraktionen.

Wandel des Kriegsbildes

Die Einstellung zu Gewalt und Krieg scheint sich schleichend zu verändern. Das wird nicht erst durch den von den USA auf unbestimmte Zeit ausgerufenen „Krieg gegen den Terrorismus“ deutlich. Auch frühere deutsche Debatten sind schon aufschlussreich; man kann durchaus davon sprechen, dass auch hier Krieg als Mittel inzwischen wieder in breiteren Bevölkerungs- und Elitenkreisen akzeptiert wird: In den Protesten gegen den Golfkrieg 1991 brachte sich noch die Einstellung zur Geltung, dass Krieg als Mittel zur Lösung von Konflikten geächtet sein sollte. Am Ende der 1990er Jahre war „Krieg“ jedoch schon enttabuisiert – und zwar gerade dadurch, dass man den Begriff vermied. Entsprechende Bemühungen deutscher Politiker, den Krieg gegen Serbien-Montenegro nicht beim Namen zu nennen, sind mehr als bloße Momentaufnahmen. Gerade in der in Demokratien moralisch geschätzten Idee der „humanitären Intervention“ (Fremden Nothilfe leisten) steckt eine paradoxe Wendung: die Tabuisierung des Krieges dadurch aufzuheben, dass sie den Begriff „Krieg“ tabuisiert.¹⁹

Das Bild des Krieges wandelt sich auch dadurch allmählich, dass Militär- und Polizeiaufgaben bei zahlreichen internationalen Missionen faktisch fließend ineinander übergehen. Von Krieg zerstörte Staaten, die nach Interventionen unter internationales Protektorat gestellt werden, müssen mit langjähriger Hilfe des Westens wieder aufgebaut werden. Oft ist dabei erst einmal überhaupt die rudimentäre Sicherung der öffentlichen Ordnung durch die fremden Soldaten zu leisten. Dass Soldaten auch in-



Von „Nie wieder Krieg!“ bis zur „Friedensmacht“: 1946 punktete die SPD mit pazifistischen Tönen, zur Europawahl im Sommer 2004 warb sie mit einer „Politik der Entschlossenheit“ und „neuer Stärke“.
Bild: picture alliance

ternationale Polizeiaufgaben übernehmen, also als Quasi-Zivilisten in Soldaten-Uniform erscheinen und auch häufig so in den Medien dargestellt werden, kann der Bevölkerung der Entsendestaaten vielleicht auch größeres Verständnis für die Legitimität ihres Engagements abringen. Wird aber eher die zivil-ordnungserhaltende Seite der Einsätze wahrgenommen und nicht das Töten und Verletzen, drohen kriegerische Handlungen und auch die Gefahr für Leib und Leben von Soldaten verharmlost zu werden. Insofern dieser Eindruck von der medialen Berichterstattung richtig ist, würden Befürworter von Interventionen wie Erhard Eppler dies zu ihren Gunsten nutzen können: „Das Militär wird immer mehr zur Hilfspolizei einer erzwungenen Welt-Innenpolitik. Wie sollen die Menschen, deren Horror vor dem Krieg nur zu verständlich ist, dies begreifen, wenn sie dauernd mit dem Wort ‚Krieg‘ geschreckt werden?“²⁰

Ob zuletzt der weltweite „Krieg gegen den Terrorismus“, den sich die USA auf die Fahnen geschrieben haben, für einen weiteren Schub in der Enttabuisierung des Krieges in der „zivilisierten“ Welt gesorgt hat, kann noch nicht abschließend beurteilt werden. Zweifellos versucht die US-Regierung, Krieg als Mittel der Politik wieder salonfähig zu machen und eine solche Enttabuisierung weiter voranzutreiben, wie sich in der ernsthaften Erörterung präemptiver Maßnahmen

in der National Security Strategy vom September 2002 zeigt. Die für alle sichtbaren prekären Kriegsfolgen im Irak könnten jedoch auch den zahlreichen Gegenstimmen und Gegengewichten einer solchen Politik in der Welt wieder mehr Auftrieb geben.

„Normalisierung“ in Deutschland?

Widersprüche im eigenen außenpolitischen Rollenbild, umfassende Sicherheits- und Verteidigungsbegriffe, Enttabuisierung des Krieges: Hat Deutschland also die Kultur der Zurückhaltung abgelegt? Ist es damit eine „unverkrampte Großmacht“ geworden? Setzt es jetzt zunehmend „selbstbewusst“ seine „nationalen Interessen“ gegen Partnerstaaten durch? Beansprucht es „unbefangene“ Führungspositionen, auch im Militär? Dies alles suggeriert in der Regel der viel gebrauchte Begriff der „Normalisierung“.²¹

Wie oben gezeigt wurde, hat offenbar zwar tatsächlich eine Enttabuisierung des Militärischen stattgefunden. Deutschland agiert heute nicht mehr als „Zivilmacht“, weil in der veränderten Weltsicherheitspolitik keine widerspruchsfreie Rollenorientierung mehr damit verbunden ist. Aber von „Normalisierung“ sollte man in

diesem Zusammenhang dennoch nicht sprechen. Wer heute Deutschland „Normalisierung“ bescheinigt, legitimiert gewollt oder ungewollt ein bestimmtes Verhalten von Staaten als „Norm“, obwohl dieses Verhalten prinzipiell auch ganz anders sein könnte. Es ist zunächst keineswegs ausgemacht, warum das vereinigte Deutschland, selbst wenn es sich als Großmacht begreift und von anderen so gesehen wird, nicht trotzdem ein besonders hohes Maß an Zivilität in seiner Außenpolitik zeigen könnte. Großmachtsverhalten eines bestimmten Typus als „Norm“ zu identifizieren, heißt gleichzeitig immer, bestimmtes Verhalten zu qualifizieren, anderes zu disqualifizieren. Es gibt gewiss keine geheime, unentrinnbare „Logik“ von Mächten. Wer dies behauptet, verleugnet die Möglichkeit von Geschichte als einem Prozess, der durch Menschen gemacht wird und nicht durch anonym waltende Zwänge.

Es gibt daher keine eindeutige Antwort darauf, wie sich eine „normale“ Großmacht (oder wer sich dafür hält) verhält, insbesondere wie sie mit ihrem Militär umzugehen hat. Zudem dürfte es einen Unterschied machen, ob eine Großmacht eine Demokratie ist. Demokratische Mächte müssen in ihrem Handeln öffentliche Debatten und die Präferenzen der eigenen Bürger berücksichtigen. Und schließlich dürfte zu unterschiedlichen historischen Phasen inhaltlich sehr Unterschiedliches darunter verstanden worden sein, was „normales“ Verhalten darstellte. Einen Wertewandel vollziehen nicht nur einzelne Individuen in Gesellschaften, sondern er schlägt sich auch in den politischen Praktiken eines Landes nieder. Zu Zeiten des Imperialismus galten gewiss andere nationale und internationale Praktiken der Großmächte als „normal“.

Obwohl „Normalität“ also ein fragwürdiger Begriff für internationales Staatenverhalten ist, artikulieren Vertreter anderer Staaten in multilateralen Kontexten dennoch immer auch Erwartungen an das Verhalten eines größeren, politisch bedeutsamen und wirtschaftlich starken Staates. Wer diesen Erwartungen nicht entspricht, droht sich zu isolieren oder als Drückeberger zu gelten. Für einen historisch belasteten Staat wie Deutschland ergeben sich daraus Dilemmata für seine Sicherheitspolitik: Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit lehren, dass ihm international tatsächlich

„Sonderbewusstsein“ oder „Drückebergerei“ vorgeworfen wurde, wenn es sich militärisch enthielt. In der innenpolitischen Debatte wurde der deutschen Regierung früher wiederum häufiger „Remilitarisierung“ vorgeworfen, wenn sie sich den Erwartungen der Partner entsprechend verhielt und alle Folgen der multilateralistischen Orientierung in Kauf nahm. Die deutsche Regierung ist inzwischen dabei, dieses Dilemma stärker in Richtung dessen aufzulösen, was man als die Erwartungen seiner Partner wahrzunehmen glaubt.

Deutsche Außenpolitik entfernt sich seit einiger Zeit von ihren früheren Zivilmächtsidealen. Dies ist auch an den Verschiebungen in den Rechtfertigungsmustern für die zunehmenden Militäreinsätze erkennbar. Diese Muster lassen sich seit 1990 grob in drei Phasen einteilen:²² In der ersten Hälfte der 1990er Jahre dominierten allgemeine Weltordnungsargumente, die sich auf eine Stärkung der UNO und eine internationale Friedensordnung bezogen. Dann wurden humanitäre Begründungen, wie Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen, verstärkt ins Feld geführt (und dürften auch in Zukunft immer wieder aufgerufen werden). Seit dem Afghanistan-Krieg 2001 sollen Militärinterventionen schließlich auch zur Bekämpfung des Terrorismus, aber allgemeiner zur Durchsetzung von Sicherheit und Stabilität durchgeführt werden.²³ Dies ist ein derart unbestimmter, allumfassender Rechtfertigungsgrund, dass die militärische Option im Grunde in fast jeder Krisensituation zum Zuge kommen könnte. In dieser Rechtfertigung kommt kein spezifisch „deutsches“ Moment von nationaler Identität oder besonderer Rolle mehr zum Ausdruck, denn für Sicherheit und Stabilität kämpft schließlich jeder – im Prinzip.

Mit dem Verschwinden der historischen Vergleiche ist deutschen Militäreinsätzen in der nationalen Debatte ein starkes Legitimationsmuster abhanden gekommen, mit dessen Hilfe die mehrheitlich eher pazifistisch gesonnenen Nachkriegsdeutschen etwa 50 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg wieder an deutsche Soldaten im Ausland gewöhnt wurden. Diese allmähliche Gewöhnung bringt es mit sich, dass inzwischen auch weniger dramatische Begründungen als die Verhinderung von Völkermord ausreichen, um deutsche Soldaten entsenden

Anmerkungen

- ¹ Berthold Meyer, Entscheidungsmündigkeit, a.a.O.
- ² Interview Bundeskanzler Schröder mit der ZEIT vom 18.10.2001.
- ³ Sebastian Harnisch/Hanns W. Maull, a.a.O.
- ⁴ Dazu kritisch Gunther Hellmann, Rekonstruktion, a.a.O.
- ⁵ Nina Philippi, a.a.O., S. 52-58, S. 203-204.
- ⁶ Genannt wird in diesem Zusammenhang meist auch Grundgesetzartikel 24 (2), der es dem Bund erlaubt, sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einzuordnen.
- ⁷ Siehe Harald Müller, a.a.O.
- ⁸ Michael Schwab-Trapp, a.a.O.
- ⁹ Karsten Voigt, in: Das Parlament vom 20./27.12.1996.
- ¹⁰ Schwab-Trapp, a.a.O., S. 283-285.
- ¹¹ Wolfram Wette, a.a.O., S. 121.
- ¹² Hanns W. Maull/Bernhard Stahl, a.a.O., S. 107.
- ¹³ Siehe anders Gunther Hellmann, Gipfelstürmer, a.a.O. und Ders., Resozialisierung, a.a.O.
- ¹⁴ Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder vom 11.10.2001 „Neues Selbstverständnis deutscher Außenpolitik“ (<http://www.bundesregierung.de>).
- ¹⁵ Rede von Bundeskanzler Schröder zur Eröffnung der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin, 19.3.2004.
- ¹⁶ Bundeskanzler Schröder in der Haushaltsdebatte vom 8.9.2004 im Deutschen Bundestag, siehe Zusammenfassung „Deutschlands Stärken selbstbewusst vertreten“, unter <http://www.bundeskanzler.de>.
- ¹⁷ Lothar Brock, Normative Integration, a.a.O. und Ders., Frieden durch Recht, a.a.O.
- ¹⁸ Berthold Meyer, Humanitäre Interventionen, a.a.O. und J.L. Holzgrefe/Robert Keohane, a.a.O.
- ¹⁹ Schwab-Trapp, a.a.O., S. 379, 382f. und Lothar Brock, Weltbürger, a.a.O., S. 10.
- ²⁰ Erhard Eppler, a.a.O., S. 94.
- ²¹ Vgl. u.a. Rainer Baumann/Gunther Hellmann, a.a.O.; Martin Wagoner, a.a.O. und Marianne Takle, a.a.O.
- ²² Jochen Hippler: Die Enttabuisierung des Krieges in der deutschen Außenpolitik ist fast abgeschlossen, in: Freitag, Nr. 48, 23.11.2001.
- ²³ Vgl. Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder vom 11.10.2001 „Neues Selbstverständnis deutscher Außenpolitik“ (<http://www.bundesregierung.de>).
- ²⁴ Hellmann, Resozialisierung, a.a.O., S. 82.
- ²⁵ Rede von Bundeskanzler Schröder zur Eröffnung der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin, 19.03.2004

zu können. Die öffentliche Aufmerksamkeit für Bundeswehreinsätze hat stark nachgelassen, Soldaten „bei der Arbeit“ sind kaum präsent in der alltäglichen Berichterstattung. Die Bundeswehr erlangt beinahe nur noch erhöhte Aufmerksamkeit mit innenpolitisch relevanten Themen wie Standort-schließungen, Wehrpflichtdebatte oder Misshandlungen von Soldaten in der Ausbildung.

Vielleicht mag eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nicht jedem einzelnen Bundeswehreinsatz innerlich emphatisch zugestimmt haben – allein schon, weil einige ihrer Aufmerksamkeit entgangen sein könnten. Dennoch ist umgekehrt auch kein Massenprotest mehr zu vernehmen. Es bildet sich eher so etwas wie ein „permissive consensus“ heraus. Dieser Begriff, der meist in Bezug auf die EU-Integration benutzt wurde, bezeichnet eine unhinterfragte Unterstützung der Regierungspolitik, die auf genereller Zustimmung oder auf Desinteresse beruhen kann. Vielleicht haben sich die Deutschen auch zu gut an die Standardformel ihrer Regierungen gewöhnt, man müsse seiner internationalen „Verantwortung“ gerecht werden. Dabei könnten ihnen entgangen sein, dass dieser Schlüsselbegriff, der immer gerne als Argument benutzt wurde, seit 1990 einen wichtigen Bedeutungswandel erfahren hat: War er in den frühen 1990er Jahren noch stark mit zivilen Mitteln, mit globaler Gerechtigkeit und der Vision einer neuen friedlichen Weltordnung verknüpft, so ist der Begriff nunmehr immer stärker mit dem Einsatz von Militär

verbunden.²⁴ Wahrscheinlich haben die meisten Bürgerinnen und Bürger das Wort des Bundeskanzlers von der „Enttabuisierung des Militärischen“ auch einfach nicht gehört. Zumal da der Kanzler jüngst auch anders formulierte: „Deutsche Sicherheitspolitik ist, war und wird immer zuallererst Friedenspolitik sein.“²⁵ Deutsche Außenpolitik sollte nach der Wiedervereinigung eine „Politik des guten Beispiels“ sein, gemeint war damit die Verstärkung der zivilen Konfliktverhütung, der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und der Schaffung globaler Gerechtigkeit. Dass in diesen Bereichen nach wie vor große Defizite herrschen, kann auch durch eine solche, wenig überzeugende Friedensrhetorik des Bundeskanzlers nicht verdeckt werden. Es wird Zeit, Anspruch und Wirklichkeit deutscher „Friedenspolitik“ stärker in Einklang zu bringen.

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-0945-9332



Dr. Anna Geis (Jahrgang 1971) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Ursachen der wechselnden Beteiligung demokratischer Staaten an Kriegen seit 1990“

und befasst sich zur Zeit mit dem Fallbeispiel Deutschland.

HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie setzen den Informationsdienst der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung fort, der früher unter dem Titel „Friedensforschung aktuell“ herausgegeben wurde.

Die HSFK, 1970 vom Land Hessen gegründet, arbeitet mit rund 40 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in drei Forschungsgruppen zu den Themen: „Rüstungskontrolle und Abrüstung“, „Internationale Organisation, demokratischer Frieden und Herrschaft des Rechts“ sowie „Demokratisierung und der innergesellschaftliche Frieden“. Zudem gibt es die forschungsgruppenübergreifende Arbeitsgruppe „Kriege demokratischer Staaten seit 1990“ und den Arbeitsbereich „Friedenspädagogik/Konfliktpsychologie“. Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

Neben den *HSFK-Standpunkten* gibt das Institut mit den „HSFK-Reports“ und „PRIF Reports“ wissenschaftliche Analysen aktueller Probleme und politische Empfehlungen in

Deutsch und Englisch heraus. Die „Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“ stellen darüber hinaus grundlegende Forschungsergebnisse des Instituts dar. Mit dem „Friedensgutachten“ legen die HSFK und vier weitere Friedensforschungsinstitute (IFSH, FEST, INEF und BICC) ein gemeinsames Jahrbuch vor, das die laufenden Entwicklungen in Sicherheitspolitik und internationalen Beziehungen analysiert, kritisch kommentiert und Empfehlungen für Politik und Öffentlichkeit abgibt.

V.i.S.d.P.: Marlar Kin, Publikationen und Vorstandsangelegenheiten der HSFK, Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main, Telefon (069) 95 91 04-0, Fax (069) 55 84 81 E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Angabe der Quelle und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der *HSFK-Standpunkte* ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Design und Layout: David Hollstein, www.hollstein-design.de · Druck: CARO Druck
ISSN 0945-9332